



Vom Glück im Wohlstand

Glücksforschung. Altersarmut, Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung – wenn Ausländer diese Schlagworte im Zusammenhang mit Deutschland lesen, könnten sie meinen, die Deutschen lebten am Rande des Existenzminimums. Tatsächlich aber nimmt der Wohlstand hierzulande zu – gleichwohl sind die Bundesbürger nicht glücklicher geworden.

„Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm“ – dieser Ausspruch aus der Dreigroschenoper von Bertolt Brecht gilt mittlerweile für die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung (vgl. Seite 2-3).

Viele Indikatoren signalisieren, dass es den Bundesbürgern kontinuierlich besser geht – sie haben immer größere Wohnungen, die Zahl der Jobs wächst, parallel dazu sinkt die Arbeitslosigkeit, die Menschen werden von mehr Ärzten umsorgt als früher und – last, not least – die realen Einkommen steigen und damit der Lebensstandard. Und trotzdem: In den vergangenen 20 Jahren hat die Zufriedenheit der Deutschen mit ihrem Leben und mit ihrer Arbeit nicht zugenommen.

Einer der Ersten, der dieses Phänomen thematisiert hat, ist der US-Wirtschaftswissenschaftler und

Hochschullehrer Richard Ainsley Easterlin. Er hat in seinen Untersuchungen festgestellt, dass die persönliche Zufriedenheit mit zunehmendem Einkommen zwar steigt,

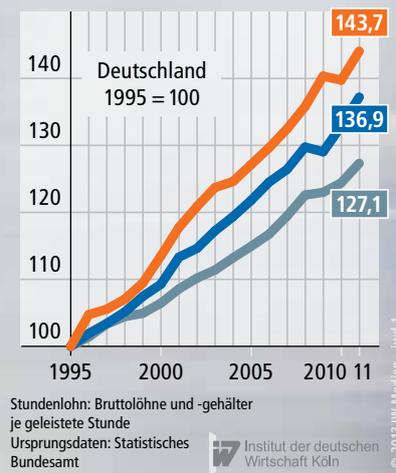
aber im Zeitverlauf die Menschen in entwickelten Staaten nicht glücklicher geworden sind.

Was zunächst wie ein Widerspruch klingt, ist am Ende doch plausibel: So steigt die Zufriedenheit des Einzelnen zwar tendenziell mit dem Einkommen. Wichtiger ist aber häufig, wie das eigene Einkommen im Vergleich mit jenen von Freunden, Kollegen und Co. abschneidet, die in ähnlichen Verhältnissen leben, und welche Erwartungen und Ansprüche man daraufhin an sein eigenes Salär stellt.

Allerdings gilt dieser Zusammenhang von Einkommen und Glück nicht für Entwicklungs- und Schwellenländer. Denn dort sind Einkommenssteigerungen häufiger auch mit Zufriedenheitsgewinnen verbunden. Daher geht man davon aus, dass zwischen Einkommen und Zufriedenheit nur so lange eine wechselseitige Beziehung besteht, bis ein gewisser Lebensstandard erreicht ist. Kurzum: Glück kann man zwar kaufen – aber nur bis zu einem gewissen Grad.

Der Wohlstand wächst

- Stundenlohn im Produzierenden Gewerbe
- Verfügbares Einkommen je Einwohner
- Verbraucherpreise



Inhalt

Wohlstand. Den Deutschen geht es insgesamt gut – die Einkommen steigen und der Arbeitsmarkt ist weitgehend stabil.
Seite 2-3

IW-Geschäftsführer im Gespräch. Rolf Kroker fordert die Politik unter anderem auf, die Vermögenssteuer ad acta zu legen. Hans-Peter Klös plädiert angesichts des demografischen Wandels für eine aktive Bevölkerungspolitik.
Seiten 4 und 5

IW-Verbandsfrage 2013. Trotz eingetübter Stimmung erwartet die Mehrzahl der Wirtschaftsverbände, dass sich die Geschäfte ihrer Mitgliedsunternehmen im neuen Jahr eher positiv entwickeln.
Seite 6-7

Mieten. Für Studenten gibt es in den großen Städten angesichts der steigenden Mieten immer weniger bezahlbaren Wohnraum.
Seite 8

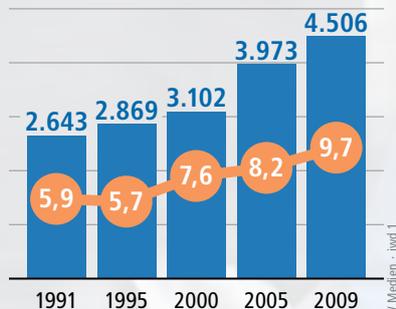
iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

Wohlstand

Am Gewinn beteiligt

- Höhe der durchschnittlichen Gewinnbeteiligung in Euro
- Anteil der Arbeitnehmer, die eine Gewinnbeteiligung erhalten, in Prozent



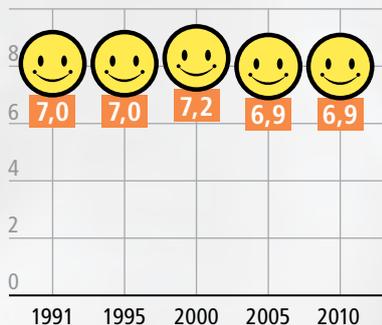
Arbeitnehmer ab 17 Jahre
Quellen: DIW, Statista

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln
© 2013 IW Medien - iwd 1

Zufrieden mit der Arbeit

Erwerbstätige ab 17 Jahre

- 0 = ganz und gar unzufrieden
- 10 = ganz und gar zufrieden



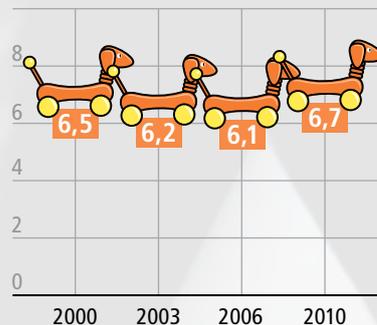
Quellen: DIW, Statista

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln
© 2013 IW Medien - iwd 1

Gut betreut

Zufriedenheit mit der Möglichkeit der Kinderbetreuung – Personen ab 17 Jahre mit Kindern im Vorschulalter

- Durchschnittswert auf einer Skala von
- 0 = ganz und gar unzufrieden
- 10 = ganz und gar zufrieden



Quellen: DIW, Statista

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln
© 2013 IW Medien - iwd 1

Größer wohnen

Durchschnittliche Wohnfläche je Haushalt in Quadratmetern



Quellen: DIW, Statista

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln
© 2013 IW Medien - iwd 1

in Deutschland

Wie gut es den Deutschen geht, zeigt das jüngste Weihnachtsgeschäft. Insgesamt dürfte der Handel dabei einen Umsatz von 80,4 Milliarden Euro erzielt haben – das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem nominalen Umsatzplus von 1,5 Prozent. Dass die Bundesbürger bei Geschenken nicht sparen, hat mehrere Gründe. Der Arbeitsmarkt ist weitgehend stabil, die Einkommen steigen – und last, not least lohnt sich für viele das Sparen aufgrund der niedrigen Zinsen nicht.

Volles Programm

TV-Programme je Haushalt – Kabel, Satellit und terrestrisch



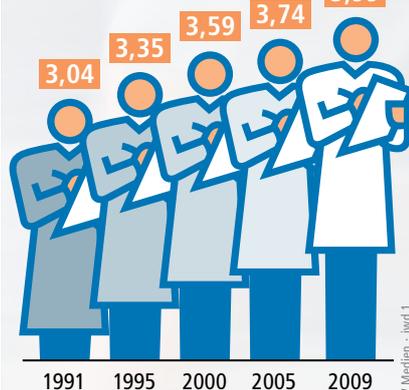
Stand: jeweils 1. Januar
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 1

Gesundheit!

Ärzte je 1.000 Einwohner



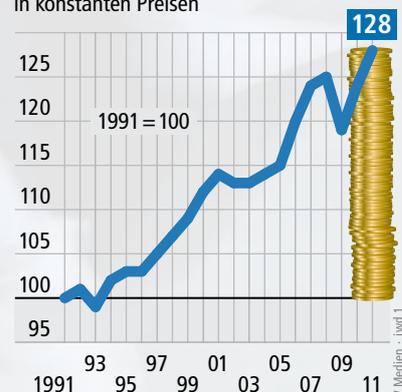
Quelle: Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 1

Höherer Lebensstandard

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in konstanten Preisen



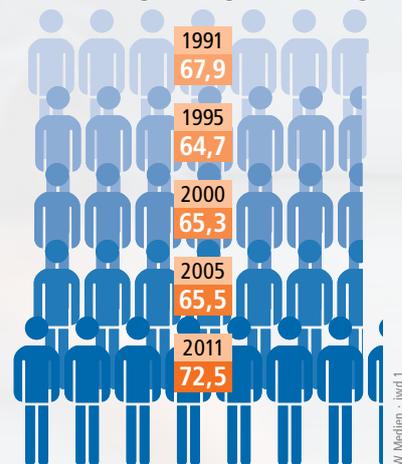
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 1

Mehr Jobs

Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung



Quelle: Eurostat

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 1

»Die Vermögenssteuer schafft Verschiebebahnhöfe«

Neuen Finanzkrisen vorbeugen, übersparen nicht das Investieren vergessen, Vermögenssteuerpläne ad acta legen und die Energiewende marktnäher gestalten: Dies sind für Rolf Kroker zentrale Forderungen an die Wirtschaftspolitik im Jahr 2013.

Im Herbst steht die nächste Bundestagswahl an, die Parteien bringen sich in Position – Anlass, zentrale Themen zu beleuchten:

Euro-Schuldenkrise

Noch immer ringt die Eurozone um Lösungen für die aktuellen Probleme. Trotzdem muss die Politik auch neuen Krisen vorbeugen. Dazu haben die EU-Finanzminister eine gemeinsame Bankenaufsicht beschlossen. Diese kann jedoch in der Europäischen Zentralbank (EZB) zu Interessenskonflikten mit der Geldpolitik führen. Rolf Kroker: „Daher sollte das neue Aufsichtsgremium auf mittlere Sicht aus der EZB ausgegliedert werden.“

SPD und Grüne wollen derweil die Banken noch stärker in die Pflicht nehmen – die Kreditinstitute sollen einen Risikofonds von bis zu 200 Milliarden Euro finanzieren. Doch einen solchen Fonds einzurichten braucht viel Zeit. Daher gilt es vorrangig – wie in den sogenannten Basel-III-Regelungen vorgesehen –, die Eigenkapitalanforderungen an die Banken zu erhöhen und die Risiken ihrer Kapitalanlagen strenger zu prüfen.

Finanz- und Steuerpolitik

Die Bilanz der vergangenen Jahre ist ernüchternd: „Die deutsche Finanzpolitik hätte deutlich ehrgeiziger sein können“,

bilanziert Rolf Kroker. Einige Bundesländer haben trotz der Rekord-Steuererlösen ihr Haushaltsdefizit noch erhöht (vgl. iwD 33/2012).

Der Staat soll also mehr sparen – aber nicht auf Kosten der Investitionen. Die waren in den vergangenen Jahren meist geringer als die Abschreibungen – ein großes Problem für den Standort Deutschland, der auf eine gute Infrastruktur angewiesen ist. Tatsächlich müssen die Mittel für Straßen, Brücken, Flughäfen etc. aufgestockt und nicht gekürzt werden.

Trotz des Konsolidierungsbedarfs gibt es auch in der Steuerpolitik einiges zu tun. So sollte endlich die kalte Progression abgeschafft werden (vgl. iwD 42/2012). Dagegen ist die etwa von der SPD geforderte Vermögenssteuer abzulehnen. Soll diese nicht vor allem das betriebliche Vermögen angreifen, muss man Ausnahmeregelungen treffen. „Das macht ein großes Bürokratiefass auf und schafft Verschiebebahnhöfe“, stellt Rolf Kroker fest.

Rentenpolitik

Die großen Parteien wollen die Gunst der Wähler auch mit neuen Rentenkonzepten erringen. Die SPD fordert eine Solidarrente, die für langjährig Versicherte nicht unter 850 Euro pro Monat liegen soll. Dieses Konzept würde aber gerade jene Arbeitnehmer vor den Kopf stoßen, denen trotz langjähriger Arbeitsleistung am Ende ein oder zwei Beitragsjahre zum Recht auf die Solidarrente fehlen und die deshalb mit weniger Rente über die Runden kommen müssen.

Gegen die Solidarrente spricht auch, dass es in Deutschland mit der Grundrente schon ein Sicherungsinstrument



Dr. Rolf Kroker (links), Geschäftsführer und Leiter des Wissenschaftsbereichs „Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik“ im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

gegen Altersarmut gibt. Zudem liegt der Steueranteil bei der Rentenfinanzierung bereits bei einem Drittel. Dieses Geld wird zum Beispiel zur Finanzierung der Hinterbliebenenversorgung sinnvoll eingesetzt; zur Armutsbekämpfung ist das Rentensystem aber nicht gedacht.

Energiepolitik

Die Energiewende bietet weiterhin Diskussionsstoff. „Für die Ökostromproduzenten ist die Finanzierung durch die EEG-Umlage ein Stück weit das Schlaraffenland“, stellt Rolf Kroker fest. Die Umlage wird den Anbietern größtenteils über 20 Jahre lang gewährt; zahlen müssen die Stromkunden (vgl. iwD 51/52/2012).

Dieses System ist alles andere als eine marktwirtschaftliche Lösung – dabei gibt es Alternativen, etwa ein Quotenmodell. Demnach müssten z. B. Stromanbieter einen von der Politik festgelegten Anteil ihres Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen. Für die Erzeugung würde der Staat handelbare Zertifikate ausgeben, deren Preis sich dann am Markt bildet. Soll die Energiewende erfolgreich bewältigt werden, müssen die Stromtrassen schneller ausgebaut werden. Wegen der Verzögerungen warnen Experten vor Stromengpässen. „Die große Eile bei der Energiewende führt zu erheblichen Problemen“, so Rolf Kroker.

»Der demografische Wandel fordert uns heraus«

Er hat zwar das Wahljahr im Auge, doch angesichts der geringen Geburtenzahlen und der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft macht sich Hans-Peter Klös primär über die menschlichen Ressourcen Gedanken.

Die Energiewende, die europäische Schuldenkrise sowie die lahrende Konjunktur – das alles sind ohne Zweifel große, wichtige Themen. Doch bei alledem wird leicht eine vitale Frage übersehen: Für wen wird die Politik, die sich mit diesen Themen beschäftigt, eigentlich gemacht? Für ein 80-Millionen-Volk, dessen Wirtschaft sich in den diversen Krisen wacker schlägt? Oder für eine rasch alternde und schrumpfende Gesellschaft, die nach Einschätzung des Statistischen Bundesamts im Jahr 2050 im ungünstigsten Fall nur noch aus knapp 69 Millionen Bundesbürgern bestehen wird, denen es nach heutigem Ermessensstand ziemlich schwerfallen dürfte, das Wohlstandsniveau von heute aufrechtzuerhalten?

„Die demografische Lücke, die vor allem aus der niedrigen Geburtenrate von durchschnittlich knapp 1,4 Kindern pro Frau resultiert, ist eine eminente ökonomische Herausforderung“, sagt Hans-Peter Klös. Eigentlich müsse man angesichts des demografischen Wandels „über Bevölkerungspolitik sprechen, doch das ist noch ein politisch vermintes Gelände. Außerdem gilt ja zu Recht das Kinderkriegen als Privatangelegenheit.“ Doch auch ohne eine Bevölkerungspolitik lässt sich dem demografischen Wandel und seinen Auswirkungen einiges ent-

gegensetzen. „Die Bevölkerung altert schneller, als sie schrumpft, sodass bei den Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme eine Lücke aufreißt. Um die zu schließen, müssen wir die Einnahmenseite stärken“, betont Klös. Zu diesem Zweck setzt er auf folgenden Dreiklang:

Steigerung der Geburtenrate

In Deutschland ist die Zahl der geborenen Kinder kleiner als die Zahl der gewünschten Kinder. Dies gilt es zu ändern. Klös: „Damit die Fertilität steigt, brauchen potenzielle Eltern Bedingungen, die eine echte Wahlfreiheit schaffen. Die Unternehmen bemühen sich deshalb um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder bieten Vertrauensarbeitszeiten an.“

Ausweitung des Arbeitsvolumens

Die hierzulande tatsächlich geleistete Arbeitszeit ist noch deutlich steigerungsfähig. „Deutschland ist nahezu Teilzeitweltmeister. Wir wissen aber, dass vor allem viele teilzeitbeschäftigte Frauen gerne etwas mehr arbeiten würden“, stellt Klös fest.

Stellschrauben zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit gibt es viele: eine gut ausgebauten Kinderbetreuung zum Beispiel, die flexible Öffnungszeiten bietet. Auch die Einführung des Elterngelds hat dazu beigetragen, dass die Erwerbsunterbrechungen von Müttern kürzer ausfallen als früher. „Wenn es uns gelänge, das brachliegende Arbeitsvolumen vollständig zu mobilisieren, könnten wir einen guten Teil der demografischen Lücke füllen“, meint Klös.



Dr. Hans-Peter Klös (rechts), Geschäftsführer und Leiter des Wissenschaftsbereichs „Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik“ im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Niemanden zurücklassen

„Wenn es gesellschaftlich noch eine Mehrheit für Wachstum gibt, dann müssen wir angesichts der demografischen Herausforderung in zukünftige Produktivität investieren.“ Mit steigendem Wissensstand steigt auch die Wertschöpfung. Deshalb plädiert Klös dafür, die Bildungsarmut zu verringern – also zum Beispiel den mehr als 2 Millionen Analphabeten in Deutschland das Lesen und Schreiben beizubringen – sowie möglichst allen jungen Menschen zu einem Schul- und Berufsabschluss zu verhelfen.

Besonders wichtig ist dafür das berufliche Bildungssystem: „Es hat eine kurative Funktion, es kuriert viele schulische Defizite. Zudem erlangen mittlerweile 40 Prozent aller Hochschulzugangsberechtigten in Deutschland nicht mehr über das Gymnasium die Hochschulreife, sondern über das berufliche Bildungssystem.“

Darüber hinaus rät Klös, sich intensiver mit den niedrigen Gründungsraten zu beschäftigen. „Bei den Forschungsausgaben liegen wir über dem OECD-Durchschnitt, doch bei der Invention neuer Produkte hakt es noch – und das, obwohl wir in Deutschland Hunderte von Programmen haben, die Innovationen fördern.“

Zuversicht überwiegt

IW-Verbandsumfrage 2013. Die deutsche Wirtschaft ist zum Jahreswechsel nicht gerade in Sektlaune. Dennoch erwarten viele Verbände, dass sich die Geschäfte ihrer Mitgliedsunternehmen im neuen Jahr eher positiv entwickeln.

Im Kampf gegen die Euro-Schuldenkrise ist keine schnelle und überzeugende Lösung in Sicht. Deshalb sind auch in Deutschland viele Unternehmen zunehmend verunsichert, wie aus der diesjährigen Verbands-umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hervorgeht. So gibt die Hälfte der befragten Verbände an, dass die Stimmung in ihren Mitgliedsfirmen derzeit schlechter ist als zum Jahreswechsel 2011/2012 (Grafik). Hinzu kommt:

Zum ersten Mal seit Beginn der globalen Finanzkrise 2008/2009 berichtet kein einziger Wirtschaftsverband von einer Verbesserung der Stimmungslage.

Das bedeutet aber nicht, dass die Wirtschaft beim Blick auf 2013 mehrheitlich den Daumen senkt. Nur 11 von 46 Verbänden erwarten schlechtere Geschäfte als 2012. Immerhin 20 Verbände gehen davon aus, dass ihre Unternehmen die Produktion bzw. den Umsatz leicht steigern können. Der gebremste Optimismus spiegelt sich auch in den Investitionsplänen wider:

Die Mehrzahl der vom IW Köln befragten Verbände rechnet damit, dass ihre Firmen 2013 ebenso viel investieren wie im abgelaufenen Jahr.

Dass die Euro-Schuldenkrise allerdings mehr ist als nur ein kurzzeitiger Stimmungskiller, zeigt sich vor allem bei der Beschäftigung. Zwar geben 29 von 46 Wirtschaftsverbänden an, dass sich die Zahl der Mitarbeiter in den Betrieben im neuen

Jahr voraussichtlich nicht ändern wird. Doch immerhin 11 Verbände befürchten einen Personalabbau.

Die Perspektiven einiger wichtiger Wirtschaftsbereiche im Einzelnen:

- **Chemische und pharmazeutische Industrie.** Beide Branchen rechnen mit einem leichten Umsatz- bzw. Produktionsplus – auch wenn der Aufwärtstrend in der Chemie wahrscheinlich erst in der zweiten Jahreshälfte einsetzt.

- **Maschinenbau.** Weil einige Absatzmärkte nicht mehr so kräftig wachsen, muss die Branche einen Gang zurückschalten. Dennoch dürften die Impulse vor allem aus dem außereuropäischen Ausland immer noch stark genug sein, um die Produktion von Maschinen und Anlagen 2013 leicht steigen zu lassen. Bei den Investitionen geht es ebenfalls weiter aufwärts, sodass die Firmen ihre Belegschaften konstant halten können.

- **Bauwirtschaft.** Die Verbände berichten von einer stabilen Stimmung in den Unternehmen und rechnen für 2013 mit einer erneuten Produktionszunahme. Vor allem im Wohnungsbau werden die Umsätze voraussichtlich zulegen.

- **Finanzsektor.** Von den sechs Verbänden dieser Sparte erwarten drei – Banken, Sparkassen und Volksbanken – wegen der krisengetriebenen Konjunktur schlechtere Geschäfte. Die Mehrzahl der Finanzverbände geht zudem von einem Rückgang der Mitarbeiterzahlen aus.

IW-Verbandsumfrage 2013



Wirtschaftszweig
1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Steine-und-Erden-Industrie
4. Eisen- und Stahlindustrie
5. NE-Metallindustrie
6. Gießereien
7. Chemische Industrie
8. Forschende Pharmaunternehmen
9. Gummiverarbeitung
10. Stahl- und Metallverarbeitung
11. Maschinen- und Anlagenbau
12. Automobilindustrie
13. Luft- und Raumfahrzeugbau
14. Schiffbau und Meerestechnik
15. Elektroindustrie
16. Feinmechanik und Optik
17. Keramische Industrie
18. Glasindustrie
19. Holzverarbeitung
20. Kunststoffverarbeitung
21. Papierverarbeitung
22. Papierfabriken
23. Lederindustrie
24. Druckindustrie
25. Textil- und Modeindustrie
26. Ernährungsindustrie
27. Bauindustrie
28. Baugewerbe
29. Handwerk
30. Entsorgungswirtschaft
31. Groß- und Außenhandel
32. HDE-Einzelhandel
33. Speditionen
34. Banken
35. Sparkassen
36. Volksbanken
37. Investment
38. Leasing
39. Versicherungswirtschaft
40. Gastgewerbe
41. Zeitschriftenverlage
42. Tourismus
43. Informationswirtschaft
44. Messewirtschaft
45. Werbewirtschaft
46. Immobilien
Insgesamt

Teuer wohnen

Mieten. Vor allem in Ballungszentren wird es für Otto Normalverbraucher immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Besonders betroffen sind Studenten, die es zum Studium in die Städte zieht. Die Mieten für Studentenwohnungen steigen auch künftig weiter und belasten das knappe Budget der jungen Leute.

Wer in München eine Wohnung mieten möchte, muss im Schnitt mit einer Kaltmiete von 13,30 Euro pro Quadratmeter rechnen. In Frankfurt am Main zahlen Neumieter immerhin 12,30 Euro und in Hamburg 11,10 Euro. Im Vergleich zum deutschen Durchschnitt von 6,30 Euro müssen Mieter in den Großstädten also fast doppelt so viel zahlen.

Besonders hart treffen die steigenden Mieten Studenten, denn gerade in den Groß- und Universitätsstädten gibt es für sie immer weniger bezahlbaren Wohnraum. Bereits jetzt geben Studenten knapp ein

Drittel ihres Monatsbudgets für die Miete plus Nebenkosten aus. Laut Deutschem Studentenwerk sind die Kosten von 2006 bis 2009 um rund 6 Prozent gestiegen (Grafik):

Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigen, dass Studenten im Jahr 2012 im Schnitt erstmals mehr als 300 Euro für die Miete inklusive Nebenkosten hinlegen mussten.

In den kommenden Jahren werden die Kosten für die Bude weiter steigen – gerade in den Ballungszentren spitzt sich die Situation zu. Problematisch sind auch die doppelten Abiturjahrgänge, da dadurch noch mehr Konkurrenten auf den Wohnungsmarkt strömen.

Im Wintersemester 2011/2012 waren rund zwei Millionen Studenten an den deutschen Universitäten eingeschrieben. Davon suchte rund eine Million eine Wohnung. Insgesamt leben 27 Prozent der Studenten in Wohngemeinschaften oder zur Untermiete und 37 Prozent in einer Wohnung alleine oder mit dem Partner. Gut 36 Prozent leben in Wohnheimen oder bei den Eltern.

Im Kampf gegen die Wohnungsnot lassen sich die Kommunen allerhand einfallen. In Freiburg etwa bilden Studenten und Senioren Wohngemeinschaften. Die Studenten profitieren von einer geringen



Miete, im Gegenzug unterstützen sie die Senioren einige Stunden pro Monat im Haushalt. Diese Modellprojekte können auch auf Familien übertragen werden, bei denen die Studenten die Kinder betreuen oder ihnen Nachhilfe geben.

Daneben sollte der Umbau leerer kommunaler Gebäude – wie Kasernen – zu Wohnraum weiter gefördert werden. Die Chancen stehen gut, denn immer mehr private Investoren entdecken den Markt für Studentenwohnungen für sich. Außerdem sollten noch mehr Wohnheime gebaut werden – zum Beispiel durch eine stärkere Nutzung der Mittel aus der sozialen Wohnraumförderung.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentin: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
 Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.